Ein interner Bericht des NDR-Redaktionsausschusses ist diese Woche geleakt worden und liegt auch den NachDenkSeiten vor. Dieser gibt erschreckende Einblicke in Arbeits- und Umgangsweisen beim Norddeutschen Rundfunk. Mitarbeiter sprechen unter anderem von einem „Klima der Angst“, „politischen Filtern“ sowie „großer Nähe zur Politik“, was dazu führe, dass „Berichterstattung teilweise verhindert und kritische Information (zu Landespolitikern) heruntergespielt“ würde. Ebenso bezeichnend ist auch die Art und Weise, in welcher die Leitungsebene auf diese Vorwürfe reagiert. Von **Florian Warweg**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/220831_NDR_Redakteure_beklagen_sich_ueber_Klima_der_Angst_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Die in den letzten Wochen ans Licht gekommenen Vorfälle beim RBB und MDR erscheinen geradezu als Lappalien im Vergleich zu dem, was sich im Falle des NDR auftut. Dort hatte im September 2021 der sogenannte Redaktionsausschuss einen internen Abschlussbericht vorgelegt, in welchem vom „Anfangsverdacht einer redaktionell/politisch motivierten Einflussnahme“ durch die Politikchefin Julia Stein sowie Chefredakteur Norbert Lorentzen im Landesfunkhaus in Kiel die Rede ist. Des Weiteren wird von den Ausschussmitgliedern der Vorwurf erhoben, dass die Aufklärung mehrfach von der NDR-Leitungsebene bewusst verzögert, Gesprächswünsche abgelehnt und massiv Druck auf die Redaktion ausgeübt wurde.

Der Redaktionsausschuss hat, so heißt es ausdrücklich im Handbuch des NDR, „vor allem die Aufgabe, sich um eine Einigung bei Konfliktfällen in Programmfragen zu bemühen, die zwischen Programm-Mitarbeiter(inne)n und ihren Vorgesetzten entstehen. Es ist das Ziel des Redaktionsausschusses und der Leitung des NDR, solche Konfliktfälle intern beizulegen.“

Explizit wird auch die Form kritisiert, in welcher Stein und Lorentzen mit dem Redaktionsausschuss kommunizierten. Dazu heißt es in dem Bericht:

> „Der Redaktionsausschuss kritisiert ausdrücklich den Tonfall im vorliegenden Mailverkehr. Den halten wir für gegenüber einem gewählten Gremium nicht für angemessen. Wir verstehen, dass die Vorwürfe massiv sind. Allerdings müssen

> sie auch aufgeklärt werden."

Ein Mitarbeiter des NDR, der sich an die NachDenkSeiten gewandt hatte, sprach sogar explizit davon, dass die Redaktionsmitglieder „regelrecht verhört" worden seien, um herauszufinden, wer sich genau über das Vorgehen der Politikchefin und des Chefredakteurs beschwert hätte.

In einer Ergänzung vom Dezember 2021 zum Abschlussbericht heißt es in diesem Zusammenhang:

> „Der Redaktionsausschuss hat in den vergangenen Wochen und Monaten viele Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen geführt. Es ist ein Alarmzeichen, dass sie nicht bereit sind, offen über diesen Punkt zu sprechen. Immer wieder berichten sie von Angst vor Konsequenzen. Der Mitgliedsausschuss hält die Kolleginnen und Kollegen für glaubwürdig."

Der Redaktionsausschuss hat in den vergangenen Wochen und Monaten viele Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen geführt. Es ist ein Alarmzeichen, dass sie nicht bereit sind, offen über diese Punkte zu sprechen. Immer wieder berichten sie von Angst vor Konsequenzen. Der

Redaktionsausschuss hält die Kolleginnen und Kollegen für glaubwürdig. Das wird auch nicht untergraben durch die Tatsache, dass sich die Kolleginnen und Kollegen vertraulich an uns wenden. Es verstärkt im Gegenteil die Sorge und den Handlungsbedarf. Die Frage sollte nicht sein: Wer hat sich an den Redaktionsausschuss gewandt, sondern warum trauen sich mehrere Kolleginnen und Kollegen nicht offen zu sprechen?

Mittels des geleakten Berichts und Mailverkehrs kann man auch nachvollziehen, wie der Redaktionsausschuss immer wieder interne Aufklärung einfordert und den möglichen Schaden betont, wenn dieser Vorgang an die Öffentlichkeit getragen würde. Das gelte es „zu verhindern". Doch sowohl der Chefredakteur als auch die Politikchefin lassen die

Warnungen und Wünsche nach Aufklärung einfach abprallen. Mehr noch, statt sich offen für Aufklärung der Zensur-Vorwürfe zu zeigen, wird den Mitgliedern des Ausschusses vorgeworfen, sie würden „verleumderische Vorwürfe“ verbreiten und seien „voreingenommen“. So viel zum Aufklärungswillen der NDR-Chefetage. Dies wohlgemerkt bei so gewichtigen Vorwürfen wie „Zensur“, „politische Einflussnahme“ und „komplette Verhinderung“ von politisch nicht genehmer Berichterstattung. Im konkreten Fall zum Vorteil des kurz vor einer Landtagswahl stehenden CDU-Ministerpräsidenten Daniel Günther. Die Vorwürfe konnten bis zum heutigen Tag nicht ausgeräumt werden.

Warum ist der Redaktionsausschuss zuständig?

Der Redaktionsausschuss hat sich im beschriebenen Fall für zuständig erklärt. [redacted] konnte glaubhaft versichern, dass er sich in der eigenverantwortlichen Erfüllung seiner Aufgaben im Rundfunk beeinträchtigt sieht. Ebenso hält es der Redaktionsausschuss für glaubhaft, dass den Vorgesetzen Stein und Lorentzen das bekannt war. In mehreren persönlichen Gesprächen ging es um das abgesagte Interview, außerdem war der Fall auch Thema in einer Redaktionssitzung. Frau Stein und Herr Lorentzen haben dem Redaktionsausschuss vorgeworfen, nicht entsprechend des Redaktionsstatuts gehandelt zu haben. Diesen Sachverhalt weisen wir zurück, da Herr [redacted] mehrfach den Konflikt angesprochen hat. Dass er sich in der eigenverantwortlichen Erfüllung seiner Aufgaben beeinträchtigt fühlt, wird außerdem aus dem Sachverhalt klar, der allen Beteiligten bekannt war. [redacted] hat in mehreren Gesprächen versucht, den Konflikt intern zu klären. Das war erfolglos.
Darüber hinaus hält es der Redaktionsausschuss für dringend gegeben, intern aufzuklären. Es wäre fahrlässig, davon Kenntnis zu haben und nicht tätig zu werden. Der Schaden für den NDR wäre immens, wenn dieser Vorgang in der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Genau das gilt es zu verhindern.
Herr Lorentzen und Frau Stein haben dem Redaktionsausschuss vorgeworfen, voreingenommen zu sein und verleumderische Vorwürfe zu verbreiten. Auch das weisen wir zurück. Wir untersuchen den Fall intern und haben den beiden ausführlich Gelegenheit gegeben, sich zu äußern. Erst wenn Antworten vorliegen, kann sich der Redaktionsausschuss eine Meinung bilden. Ziel ist es, als neutrales Gremium aufzuklären. Das geht nur, wenn beide Seiten ausführlich zu Wort kommen. Genau das war und ist unser Ziel.
Allerdings - diesen Eindruck möchten wir festhalten - wurde die Aufklärung mehrfach verzögert. Statt die Fragen des Redaktionsausschusses zu beantworten, wurden von Frau Stein und Herrn Lorentzen Vorwürfe erhoben. Ein Gesprächswunsch wurde lange abgelehnt. Dem Redaktionsausschuss wurde vorgeworfen, sich nicht an das Redaktionsstatut zu halten, und dass es dem Gremium nicht um den Programmkonflikt, sondern um die Festanstellung von [redacted] geht. All das haben wir mehrfach zurückgewiesen. Am Ende wurden

Aufschlussreich ist auch, was die Leitungsebene, angesprochen auf den Vorwurf mehrerer Redakteure einer zu großen Nähe zur Politik in der NDR-Abteilung „Politik und Recherche“, erwidert:

> „Diese Nähe gefährdet die kritische und unabhängige Berichterstattung nicht. Im Gegenteil: Häufig sichert sie sie und führt zu profunden Kenntnissen sowie inhaltlicher Kompetenz.“

Der Redaktionsausschuss reagierte auf diese Erklärung und antwortete, man sehe…

> „einen Unterschied zwischen guten Kontakten in allen Bereichen und dem Eindruck, den uns Kolleg*innen schildern, es gebe in der Abteilung eine Art Filter. Berichterstattung werde teilweise verhindert und kritische Information heruntergespielt“.

Als Beispiel wird im weiteren Verlauf des Berichts darauf verwiesen, dass man in der Politik-Abteilung des NDR den Ministerpräsidenten duzte und immer nur beim Vornamen nannte: „Der Daniel…“.

4. Mehrere Kolleginnen und Kollegen berichten uns von einer großen Nähe zur Politik in der Abteilung „Politik und Recherche“. Wie erklären Sie sich das?

Antwort Julia Stein und Norbert Lorentzen: In der Abteilung Politik und Recherche verfügen die Kolleginnen und Kollegen selbstverständlich über gute Kontakte in allen Bereichen, auch in die Ministerien, Parteien, Staatsanwaltschaften, zu Anwälten, Lobbygruppen etc. Diese Nähe gefährdet die kritische und unabhängige Berichterstattung nicht. Im Gegenteil: Häufig sichert sie sie und führt zu profunden Kenntnissen sowie inhaltlicher Kompetenz.

Der Redaktionsausschuss sieht einen Unterschied zwischen guten Kontakten in allen Bereichen und dem Eindruck, den uns Kolleg*innen schildern, es gebe in der Abteilung eine Art Filter. Berichterstattung werde teilweise verhindert und kritische Informationen heruntergespielt. Autoren würden abgezogen und Beiträge in den Abnahmen massiv verändert. Am 16. Juli 2021 fragt der RA auch hierzu erneut nach und erhält keine Antwort.

Aufschlussreich bezüglich des im NDR vorherrschenden Klimas ist auch dieser im Leak dokumentierte Mail-Austausch zwischen dem Programmleiter Lorentzen und dem Sprecher des Redaktionsausschusses im August 2021:

Betreff: AW: Redaktionsausschuss/

Sehr geehrter Herr Halasz,

es tut uns leid, aber wir müssen Ihnen entschieden widersprechen.
Zu den schwerwiegenden Verdächtigungen, die Sie nun transportieren
und die wir für verleumderisch halten, haben Sie bislang keinen einzigen
Beleg zitiert.

In Ihrer mail vom 16.07.2021 schreiben Sie :

Mehrere Kolleginnen und Kollegen haben uns aber berichtet, dass sie den Eindruck hätten,
es arbeitete in der Abteilung eine Art „Pressesprecher". Berichterstattung werde teilweise
komplett verhindert und kritische Informationen heruntergespielt. Autoren würden abgezogen
und Beiträge in den Abnahmen massiv verändert.

In unserer Videoschalte am 07.07.21 haben Sie aber von Verdächtigungen gegen Pressesprecher,
von komplett verhinderter Berichterstattung, vom Herunterspielen kritischer Informationen und
massiven Veränderungen von Beiträgen in der Abnahme – immerhin im Kontext redaktionell-politischer
Einflussnahme – gar nichts erwähnt. Deshalb konnten Sie auch keinen einzigen Beleg ausführlich zitieren,
wie Sie jetzt glaubhaft machen wollen.

Betreff: Re: Redaktionsausschuss/

Sehr geehrter Herr Lorentzen,

vielen Dank für Ihre Mail vom 4. August 2021. Ich antworte Ihnen als Sprecher des Redaktionsausschusses und auch im Namen von Nicole Ahles.

Den Vorwurf der Verleumdung weisen wir ausdrücklich zurück. Er wäre berechtigt, wenn wir in diesem Fall an die Öffentlichkeit - auch NDR-intern - gegangen wären. Genau das ist nicht geschehen. Wir möchten dem Redaktionsstatut folgend intern aufklären. In unserer Videokonferenz und auch in der Mail vom 16. Juli 2021 haben wir von einem begründeten Anfangsverdacht gesprochen. Die Belege haben wir ausführlich zitiert. Es liegt uns fern, Redakteur*innen Unabhängigkeit und Professionalität abzusprechen. Genau deshalb ist es wichtig, einen Verdacht gründlich und sorgfältig aufzuklären. Unsere Aufgabe als Redaktionsausschuss ist es, beide Seiten zu hören. Erst wenn Ihre Antworten vorliegen, werden wir den Fall abschließend bewerten. Den Vorwurf, wir seien voreingenommen, weisen wir ebenfalls ausdrücklich zurück.

Wir stellen aber auch fest, dass Sie unsere Fragen noch nicht beantwortet haben. Wir bitten Sie, das zunächst schriftlich zu tun. So können es am Ende alle Beteiligten besser nachvollziehen. Bitte beantworten Sie die Fragen bis zum 12. August 2021. Wir halten diese Frist für notwendig, da bereits viel Zeit in diesem Fall vergangen ist. Sobald Ihre Antworten vorliegen, sind wir gern zu einem weiteren Gespräch bereit.

Mit freundlichen Grüßen,

Was ist der genaue Grund der Auseinandersetzung?

Konkreter Anlass für den Bericht des Redaktionsausschusses war die Entscheidung der NDR-Redaktionsleitung, per Weisung ein Interview mit dem am 28. April 2020 sehr kurzfristig entlassenen CDU-Innenminister Hans-Joachim Grote zu untersagen. Es ging dabei um die sogenannte „Rocker-Affäre“ und „mögliches Fehlverhalten von Sicherheitsbehörden“ sowie Ermittlungen gegen Polizisten wegen mutmaßlichem Geheimnisverrats. Grote soll in diesem Zusammenhang, so der Vorwurf, Ministerpräsident (MP) Daniel Günther angelogen haben. Grote verneint dies vehement und gibt dazu auch eine persönliche Erklärung ab, in der er zum Audruck bringt, dass nicht er, sondern der Ministerpräsident im Ausschuss gelogen habe.

Die Angelegenheit eskalierte und wuchs sich zu einer veritablen verbalen Schlammschlacht zwischen dem geschassten Innenminister und dem Ministerpräsidenten aus. Bis heute steht

Aussage gegen Aussage. Vor diesem Hintergrund arrangierte ein NDR-Redakteur (mit befristetem Vertrag) ein Interview mit dem zum Rücktritt gedrängten Innenminister. Dieses Interview, welches den Ministerpräsidenten hätte potentiell belasten können, wird von den beiden redaktionell Hauptverantwortlichen, Julia Stein und Norbert Lorentzen, abgelehnt. Aufschlussreich sind die dafür angeführten Begründungen: Chefredakteur Lorentzen (der nach NDS-Informationen CDU-Mitglied sein soll) schlägt sich unter anderem in seiner Führungsposition offen auf die Seite des CDU-Ministerpräsidenten und erklärt unter anderem, es falle ihm schwer, zu erkennen, dass der MP gelogen haben soll. Auf weitere Nachfrage führte er als zusätzliches „Argument“ aus:

> „Ich habe den Sinn in Frage gestellt, da wir dann auch mit dem Ministerpräsidenten sprechen müssten. Auf diese Gegenüberstellung der Darstellungen wollte ich verzichten.“

Viel besser kann man, wenn auch ungewollt, die aktuelle Malaise des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks wohl nicht zusammenfassen.

Nach Informationen des Redaktionsausschusses hat Grote am 6. Mai 2020 eine persönliche Erklärung abgegeben und damit **nicht** auf Fragen des NDR geantwortet. Auf Nachfrage, welche Fragen Grote gestellt wurden, wurden dem Redaktionsausschuss von Julia Stein und Norbert Lorentzen keine Fragen vorgelegt. hat lediglich ein Hintergrundgespräch mit Grote geführt, da sein Ziel ein Interview vor der Kamera war. Der Redaktionsausschuss ist außerdem der Meinung, dass der Themenvorschlag von durchaus neue Aspekte beinhaltete, die im Beitrag am 6. Mai 2020 nur angerissen wurden und somit eine weitere Recherche und ein Interview rechtfertigten. Der Redaktionsausschuss stellt fest, dass Grote bis zu diesem Zeitpunkt und auch später an keiner Stelle Gelegenheit bekam in einem direkten Interview Stellung zu nehmen. Zitiert wurden immer lediglich Erklärungen, die keine Antworten auf konkrete Fragen darstellten.
In Bezug auf die Absage des Themenvorschlags schlägt sich Norbert Lorentzen in einer Mail, die dem RA vorliegt, auf die Seite des Ministerpräsidenten. Er schreibt, es falle ihm schwer zu erkennen, dass der MP gelogen haben sollte. Auf die Nachfrage von , ob das Interview endgültig abgesagt werden soll , schreibt Norbert Lorentzen: *„Ich habe den Sinn in Frage gestellt, da wir dann auch mit dem Ministerpräsidenten sprechen müssten. Auf diese Gegenüberstellung der Darstellungen wollte ich verzichten"*. Auch diese Mail liegt dem RA vor. Am 16. Juli 2021 fragt der Redaktionsausschuss erneut nach und erhält keine Antwort.

2. Warum spricht gegen ein Interview mit dem ehemaligen Minister, dass dann der Ministerpräsident ebenfalls befragt werden müsste?

Antwort Julia Stein und Norbert Lorentzen: Gegen ein Interview mit dem ehemaligen Minister spricht nicht und hat nicht gesprochen, dass dann der MP ebenfalls befragt werden müsste. Gegen ein Interview mit dem ehemaligen Minister und dem Ministerpräsidenten sprach, dass Belege fehlten, um einen Verdacht zu belegen. Es ging in diesem Zusammenhang darum, dass Herr davon überzeugt schien, der MP hätte im Ausschuss nicht die Wahrheit gesagt. Einen solchen Verdacht kann man erheben und im Interview vorhalten, wenn man ihn belegen kann. Die Aussage eines geschassten Ministers allein aber kann kein Beleg sein. Interviews können keine Recherche ersetzen. Belege fehlten. So haben wir es damals auch mit Herrn besprochen.

Titelbild: geogif / shutterstock

Mehr zum Thema:

Immobilienhai als „Sendechef-Kontrolleur" des RBB – Der eigentliche Skandal in der Causa Schlesinger

Tagesschau ruft zum „Kampf gegen die Lüge" auf und bringt „Strafverfolgung" von RT-Journalisten ins Spiel